

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 46. Sitzung (18. TA)

des Rates der Stadt Leverkusen

am Montag, 27.05.2019, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 5. OG, Ratssaal

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender:

Uwe Richrath

Oberbürgermeister

CDU

Bernhard Marewski

Bürgermeister

Stefan Hebbel

Fraktionsvorsitzender

Ursula Behrendt

Annegret Bruchhausen-Scholich

Andreas Eckloff

Tim Feister

Paul Hebbel

Panagiotis Kalogeridis

Bernhard Miesen

Albrecht Omankowsky

Christine Richerzhagen

Rüdiger Scholz

Frank Schönberger

Gisela Schumann

Irmgard von Styp-Rekowski

SPD

Peter Ippolito

Fraktionsvorsitzender

Heike Bunde

Ingrid Geisel

Dr. Hans Klose

Dirk Löb

Dieter März

Gerd Masurowski

Iris Springer

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roswitha Arnold

Fraktionsvorsitzende

Stefan Baake

Dirk Danlowski

Zöhre Demirci

BÜRGERLISTE

Erhard T. Schoofs

Fraktionsvorsitzender

Karl Schweiger

Peter Viertel

OP

Markus Pott

Fraktionsvorsitzender

Stephan Adams

Malin Munkel

PRO NRW

Markus Beisicht

FDP

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens

Friedrich Busch

DIE LINKE.LEV

Björn Boos

Keneth Dietrich

Soziale Gerechtigkeit

Uwe Bastian

Es fehlen:

SPD

Eva Lux

Bürgermeisterin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gerhard Wölwer

Bürgermeister

CDU

Christopher Krahforst
Rudolf Müller

SPD

Arne Altenburg
Milanie Hengst
Oliver Ruß
Sven Tahiri
Jörg Ulrich Theis

BÜRGERLISTE

Barbara Trampenau

PRO NRW

Susanne Kutzner

Soziale Gerechtigkeit

Dietmar Schaller

Einzelvertreter

Nicole Kumpfert

Verwaltung:

Markus Märtens	Stadtdirektor
Alexander Lünenbach	Dezernat III
Andrea Deppe	Dezernat V
Dirk Terlinden	Oberbürgermeister, Rat und Bezirke
Susanne Weber	Oberbürgermeister, Rat und Bezirke
Julia Trick	Oberbürgermeister, Rat und Bezirke - Pressestelle
Claudia Odendahl	Frauenbüro
Katrin Arndt	Referentin Dezernat II
Dr. Michael Rudersdorf	Recht und Ordnung
Bettina Zimmer	Referentin Dezernat III
Britta Meyer	Dezernat III
Sabine Heymann	Referentin Dezernat V

Gesellschaften:

Wolfgang Herwig

Technische Betriebe der Stadt Leverkusen
AöR

Tonbandaufnahme:

Michael Lieg

Gebäudewirtschaft

Elke Schlafen

Gebäudewirtschaft

Schriftführung:

Carsten Scholz

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung.....7
2	Mögliche PWC-Rastanlage an der A1 - Sondersitzung des Rates - Antrag der CDU-Fraktion vom 07.05.19 - m. Stn. v. 23.05.19 - Nr.: 2019/29117
3	Ablehnung der Planungen zur PWC-Rastanlage und zum Autobahnaus- und -umbau in Leverkusen und Beauftragung einer Fachkanzlei - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 08.05.19 - m. Stn. v. 23.05.19 - Nr.: 2019/2913 10
4	Demonstration zur PWC-Rastanlage an der A1 sowie zum Umbau der Autobahnen A1 und A3 - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 08.05.19 - Nr.: 2019/2914..... 10
5	Öffnung des Fußweges entlang der Dhünn zwischen Kreisverkehr Odenthaler Straße und Dhünnbrücke..... 11
5.1	Bürgerantrag vom 21.05.19 - Nr.: 2019/2937 11
5.2	Bürgerantrag vom 22.05.19 - Nr.: 2019/2938 11
5.3	Bürgerantrag vom 23.05.19 - Nr.: 2019/2942 11
5.4	Bürgerantrag vom 23.05.19 - Nr.: 2019/2943 11
5.5	Antrag der Gruppe FDP vom 20.05.19 - m. Stn. v. 23.05.19 - Nr.: 2019/2934 11
6	Bewerbung für das Projekt „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ - Nr.: 2019/2945 12
7	Open Grid - Stopp der vorbereitenden Arbeiten für die NETG-Leitung in der Waldsiedlung - Antrag der CDU-Fraktion vom 27.05.19 - m. Stn. v. 27.05.19 - Nr.: 2019/2947..... 12

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Richrath eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er verweist darauf, dass die Stadt Leverkusen vom 15.06. bis 05.07.2019 zum vierten Mal an der Aktion Stadtradeln teilnimmt. Entsprechende Informationsflyer hat er auf den Tischen an den Eingängen auslegen lassen. Er wirbt für eine zahlreiche Teilnahme von der Leverkusener Bürgerschaft und Politik.

In Bezug auf die Tagesordnung erklärt Herr Oberbürgermeister Richrath, dass die am Freitag per E-Mail versandte Vorlage Nr. 2019/2945 - „Bewerbung für das Projekt „Global Nachhaltige Kommune in NRW““ - auf den Tisch gelegt wurde. Die Vorlage wurde in der Arbeitstagesordnung als Tagesordnungspunkt 6 der öffentlichen Sitzung eingeordnet.

Zum Antrag Nr. 2019/2947 - „Open Grid - Stopp der vorbereitenden Arbeiten für die NETG-Leitung in der Waldsiedlung“, Antrag der CDU-Fraktion vom 27.05.19 mit Stellungnahme vom 27.05.19 - erklärt Herr Oberbürgermeister Richrath, dass er ebenfalls auf den Tisch gelegt wurde. Der Antrag wurde in der Arbeitstagesordnung als Tagesordnungspunkt 7 der öffentlichen Sitzung eingeordnet.

Außerdem wurden zwei weitere Bürgeranträge, Nrn. 2019/2942 und 2019/2943, (Tagesordnungspunkte 5.3 und 5.4) sowie eine Stellungnahme vom 23.05.19 zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3 und die Beratungsergebnisse für die heutige Sitzung auf den Tisch gelegt.

Anschließend lässt Herr Oberbürgermeister Richrath über die verteilte Arbeitstagesordnung abstimmen.

- einstimmig -

2 Mögliche PWC-Rastanlage an der A1 - Sondersitzung des Rates

- Antrag der CDU-Fraktion vom 07.05.19
- m. Stn. v. 23.05.19
- Nr.: 2019/2911

Herr Oberbürgermeister Richrath lässt darüber abstimmen, Herrn Peter Westmeier, Vertreter der Initiative LEVkontraRaststätte, das Rederecht zu gewähren.

- einstimmig -

Anschließend unterbricht Herr Oberbürgermeister Richrath die Sitzung, um Herrn Westmeier das Rederecht zu gewähren.

Nachdem Herr Westmeier das Rederecht wahrgenommen hat, eröffnet Herr Oberbürgermeister Richrath die Sitzung wieder und ruft den Tagesordnungspunkt 2 auf.

Nach einer ausführlichen Diskussion, in der deutlich wird, dass der Rat die Forderungen und das Engagement der Bürgerinitiative, insbesondere eine Informationsveranstaltung und Demonstration, unterstützt, lässt Herr Oberbürgermeister Richrath über den Antrag Nr. 2019/2911 unter Einbeziehung der Stellungnahme der Verwaltung vom 23.05.19 abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Leverkusen fordert die Stadtverwaltung auf, alle erdenklichen juristischen Möglichkeiten zu prüfen, gegen die Entscheidung der DEGES, eine PWC-Rastanlage auf Leverkusener Stadtgebiet zu errichten, vorzugehen. Die Verwaltung möge alle Rechtsmittel, die zur Verfügung stehen, einlegen, um den Bau der Anlage in Leverkusen dauerhaft zu verhindern.

Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt folgende Resolution gegen eine PWC-Anlage an der A1 in Leverkusen:

„Um ein deutliches Zeichen gegen den Bau einer bewirtschafteten Rastanlage (PWC-Anlage) auf dem Leverkusener Stadtgebiet zu setzen, bekräftigt der Rat der Stadt Leverkusen erneut und mit allem Nachdruck die Forderung an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, das Ministerium für Verkehr des Landes NRW und Straßen.NRW, die bestehenden Planungen, die eine PWC-Anlage auf dem Leverkusener Stadtgebiet vorsehen, aufzugeben.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im weiteren Verfahren alle Möglichkeiten im Zuge der Beteiligung bei dem Planfeststellungsverfahren auszuschöpfen, um so die Realisierung des Baus der PWC-Anlage auf dem Leverkusener Stadtgebiet zu verhindern. Zudem wird der Oberbürgermeister beauftragt, bei einem möglichen Planfeststellungsbeschluss alle verfügbaren Rechtsmittel einzulegen. Auf die Resolution vom 22.05.2017 wird nochmals nachdrücklich verwiesen (siehe Anlage 1 zur Niederschrift).

Die vom Ministerium für Verkehr des Landes NRW beauftragte Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) hat die Vorzugsvarianten bei der Standortauswahl für PWC-Anlagen an der Bundesautobahn 1 in Fahrtrichtung Köln und Fahrtrichtung Dortmund bei der Informationsveranstaltung am 07.05.2019 dargestellt. Nach Auswertung der vergleichenden Umweltuntersuchung und der verkehrstechnischen Untersuchung wurde für die Fahrtrichtung Dortmund der Standort Leverkusen-Lützenkirchen als Vorzugsvariante festgelegt.

Aus Sicht der Stadt Leverkusen wurden im Rahmen der vergleichenden Umweltuntersuchung wesentliche Wirkfaktoren nicht berücksichtigt.

Im Zuge des Aus- und Umbaus der Bundesautobahnen 1 und 3, inklusive des Neubaus der Leverkusener Rheinbrücke mit Baubeginn im Jahr 2017 und den damit einhergehenden Belastungen für die Einwohnerinnen und Einwohner weit über das Jahr 2030 hinaus, ist hier eine Betrachtung der dauerhaften Belastung des Schutzgutes Mensch unabdingbar. Unter Einbeziehung dieses Schutzgutes fordert der Rat daher eine erneute Auswertung der vorliegenden Untersuchungen. Unabhängig von den Bauarbeiten ist Leverkusen geprägt durch viele verschiedene Verkehrswege und ist damit ein Knotenpunkt für regionale und überregionale Verkehrsströme. Mit den Bundesautobahnen 1, 3 und 59 verlaufen drei sehr stark befahrene Autobahnen quer durch das Stadtgebiet. Hierdurch wird die Stadt erheblich mit Feinstaub, Stickoxiden und Lärm belastet.

Zudem wurde nach Auffassung der Stadt Leverkusen der Untersuchungsraum der Standortuntersuchung zu eng gefasst und damit naheliegende und weitaus leichter umzusetzende Standorte nicht betrachtet.

Aus den vorgenannten Gründen ist die Standortuntersuchung unzureichend.

Weiter ist die Entscheidung zur Standortauswahl vor dem Hintergrund städtebaulicher Maßnahmen zu bewerten. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen der Stadt Leverkusen hat am 10.09.2018 die erneute Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 203/III „Steinbüchel – Fester Weg“ beschlossen. Planungsziele sind die Entwicklung eines attraktiven Wohngebietes mit ca. 240 neuen Wohneinheiten in Form von Einfamilien- und Mehrfamilienwohnhäusern, die Berücksichtigung einer Kindertageseinrichtung für bis zu 8 Gruppen sowie eine Ausgleichsfläche im Norden des Geltungsbereiches. Die zwischen der Bundesautobahn 1 und dem „Fester Weg“ geplante Ausgleichsfläche ist für ökologische Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen, die im räumlichen Zusammenhang mit der geplanten Eingriffsmaßnahme verpflichtend durch die Stadt Leverkusen zu entwickeln sind. Zudem ist diese Fläche erforderlich, um den Erhalt einer funktionalen Abstandsfläche zwischen der immissionsträchtigen Bundesautobahn 1 und der bestehenden sowie der geplanten Wohnbebauung zu sichern. Die Errichtung einer PWC-Anlage, die sich im Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 203/III „Steinbüchel – Fester Weg“ befindet, gefährdet die von der Stadt Leverkusen vorgesehenen Planungsziele. Dies ist auch im Hinblick auf verfügbare Potentialflächen für Wohnbebauung, welche in Leverkusen knapp und dringend erforderlich sind, nicht zielführend. Zudem wird die gesetzlich festgeschriebene kommunale Planungshoheit der Stadt Leverkusen durch dieses Vorhaben beeinträchtigt.

In Anbetracht der vorangegangenen Ausführungen fordert der Rat der Stadt Leverkusen Sie nachdrücklich auf, der vorgeschlagenen Vorzugsvariante nicht zu folgen und eine Neubewertung des Standortes Leverkusener Lützenkirchen vorzunehmen.

Die Stadt Leverkusen wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, die Ansiedlung der PWC-Anlage an diesem Standort im Sinne der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt zu verhindern.“

- einstimmig -

- 3 Ablehnung der Planungen zur PWC-Rastanlage und zum Autobahnaus- und -umbau in Leverkusen und Beauftragung einer Fachkanzlei
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 08.05.19
- m. Stn. v. 23.05.19
- Nr.: 2019/2913

Beschluss:

Wie Antrag

dafür: 4 (3 BÜRGERLISTE, 1 PRO NRW)
dagegen: 34 (OB, 15 CDU, 7 SPD, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP, 2 FDP, 2 DIE LINKE.LEV)
Enth.: 1 (Soziale Gerechtigkeit)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

- 4 Demonstration zur PWC-Rastanlage an der A1 sowie zum Umbau der Autobahnen A1 und A3
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 08.05.19
- Nr.: 2019/2914

Beschluss:

Wie Antrag

dafür: 4 (3 BÜRGERLISTE, 1 PRO NRW)
dagegen: 36 (OB, 15 CDU, 8 SPD, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP, 2 FDP, 2 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

- 5 Öffnung des Fußweges entlang der Dhünn zwischen Kreisverkehr Odenthaler Straße und Dhünnbrücke
- 5.1 Bürgerantrag vom 21.05.19
- Nr.: 2019/2937
- 5.2 Bürgerantrag vom 22.05.19
- Nr.: 2019/2938
- 5.3 Bürgerantrag vom 23.05.19
- Nr.: 2019/2942
- 5.4 Bürgerantrag vom 23.05.19
- Nr.: 2019/2943
- 5.5 Antrag der Gruppe FDP vom 20.05.19
- m. Stn. v. 23.05.19
- Nr.: 2019/2934

Rf. Dr. Ballin-Meyer-Ahrens (FDP) erläutert ihren Antrag (Anlage 2 zur Niederschrift). Ein Aufstellen von Warnschildern ist demnach ihres Erachtens ausreichend.

Rh. Stefan Heibel (CDU) beantragt, den gesamten Tagesordnungspunkt in die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III zu vertagen und dort zu beraten.

Herr Dr. Rudersdorf (30) verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 23.05.19. Er erklärt, dass die Verkehrssicherungspflicht in die Zuständigkeit der Verwaltung fällt und hierfür der Rat oder die Bezirksvertretung nicht zuständig ist. In Bezug auf die von Rf. Dr. Ballin-Meyer-Ahrens (FDP) vorgeschlagene Beschilderung, verweist er auf die Problematik, dass Kinder solche Schilder möglicherweise nicht lesen können.

Er empfiehlt, die Angelegenheit mit dem städtischen Haftpflichtversicherer abzuklären.

Herr Beigeordneter Lünenbach bekräftigt, dass die Stadt Leverkusen hier eine Verkehrssicherungspflicht hat. Er erläutert die Historie und erklärt, dass die beschlossenen Fällungen der betroffenen Bäume erst außerhalb der Vogelschutzbrutzeit erfolgen können. Die Sperrung des Weges ist somit die geeignete Maßnahme, die Verkehrssicherungspflicht durchzusetzen.

Herr Oberbürgermeister Richrath lässt über den Antrag von Rh. Stefan Heibel, den gesamten Tagesordnungspunkt in die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III zu vertagen, abstimmen.

dafür: 36 (OB, 15 CDU, 8 SPD, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 BÜRGERLISTE, 3 OP, 1 PRO NRW, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 2 (FDP)

Enth.: 2 (DIE LINKE.LEV)

- 6 Bewerbung für das Projekt „Global Nachhaltige Kommune in NRW“
- Nr.: 2019/2945

Beschluss:

Der Rat der Stadt Leverkusen stimmt der Teilnahme am Projekt „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ zu.

dafür: 39 (OB, 14 CDU, 8 SPD, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 BÜRGERLISTE, 3 OP, 1 PRO NRW, 2 FDP, 2 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 1 (CDU)

- 7 Open Grid - Stopp der vorbereitenden Arbeiten für die NETG-Leitung in der Waldsiedlung
- Antrag der CDU-Fraktion vom 27.05.19
- m. Stn. v. 27.05.19
- Nr.: 2019/2947

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) erklärt zu Protokoll, dass der Rat die Verwaltung beauftragt habe, die Interessen der Bürger zu vertreten. Sollte durch die von Open-Grid-Europe GmbH vor einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vorgenommenen Maßnahmen die Gefahr bestehen, dass dieses Urteil unterlaufen wird, gebe es die Möglichkeit, hiergegen Rechtsmittel einzulegen.

Herr Dr. Rudersdorf (30) entgegnet, dass er sich mit dem zuständigen Rechtsanwalt ausgetauscht habe. Eine Möglichkeit für einen einstweiligen Rechtsschutz wird nicht mehr gesehen. Die Stadt Leverkusen hat sich gegen einen Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln, also des Landes Nordrhein-Westfalen, rechtlich gewehrt. Sollte die Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Bundesverwaltungsgericht Erfolg haben, würde es sich im Rahmen eines Revisionsverfahrens mit dem Planfeststellungsbeschluss beschäftigen. Sollte das Bundesverwaltungsgericht zu dem Schluss kommen, dass der Planfeststellungsbeschluss rechtlich fehlerhaft ist, müsste die Open-Grid-Europe GmbH die bereits vor dem Urteil vorgenommenen Baumaßnahmen wieder zurückbauen.

Sollte der Antrag Nr. 2019/2947 beschlossen werden, kann die Verwaltung somit lediglich an die Open-Grid-Europe GmbH appellieren, auf Kulanzbasis zunächst keine Arbeiten vorzunehmen.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung nimmt unverzüglich Kontakt mit Open-Grid-Europe auf

und fordert

- das Urteil der noch anhängigen Nichtzulassungsbeschwerde der Stadt Leverkusen beim Bundesverwaltungsgericht Leipzig abzuwarten und dazu

- den sofortigen Stopp der vorbereitenden Arbeiten an der geplanten NETG-Hochdruck-Gasleitung im Waldgebiet östlich der Waldsiedlung, unmittelbar angrenzend an die Waldschule.

- einstimmig -

Herr Oberbürgermeister Richrath schließt die Sitzung gegen 18:35 Uhr.

Uwe Richrath
Oberbürgermeister

Carsten Scholz
Schriftführer